Nr. 5 Wien, Mai 1912. 24. Jahrgang

Monatschrift

der

„Oesterreichisch-Israelitischen Union".

INHALT:



Monatschrift

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Nr. 5. Wien, Mai 1912.

Der deutsch-radikale Verrat.

Bei den Wiener Gemeinderatswahlen und deren Nachspiel im Parlamente hat sich ein politisches Ereignis vollzogen, das auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse Oesterreichs von bestimmendem Einflusse werden muß. Die Deutsch-Nationalen haben die Christlich-Sozialen vor dem sicheren Verderben gerettet. Die Letzteren waren aus eigener Kraft nicht mehr imstande, ihre Mandate zu behaupten. Fast in sämtlichen Bezirken gerieten sie in Stichwahl entweder mit den bürgerlich Freisinnigen oder mit den Sozialdemokraten. Im entscheidenden Augenblicke aber sprangen ihnen die Deutsch-Nationalen bei, so daß der bürgerliche Freisinn ihnen nur fünf Mandate — darunter jenes Bielohlaweks —, die Sozialdemokratie bloß drei Mandate abnehmen konnte. Es hieße Herrn K. H. Wolf und seinem Anhang zu viel Ehre antun, wollte man diesen überraschenden Umfall mit der Formel erklären, daß ihr Judenhaß stärker sei als ihre Furcht vor dem Klerikalismus. Denn in dieser Formel läge ja immer noch ein Widerstreit von Prinzipien. Mit solchen hat jedoch die Politik der tapferen Teutonen von der Kouleur Wolf schon seit den letzten Reichsratswahlen nichts zu tun. Es ist die bare Gesinnungslumperei, die sich da in das Gewand geschwollener nationaler Phrasen hüllt, es ist die schmutzigste Geschäftspolitik, die nunmehr jene Wahlhilfe bezahlt hat, die im Juni des Jahres 1911 die Christlich-Sozialen dem „Liebling des deutschen Volkes", Herrn K. H. Wolf, geleistet haben.

Von der neuerlichen Befestigung des christlichsozialen Antisemitismus in der Reichshauptstadt, die freilich von uns Juden bitter genug empfunden wird, abgesehen, hätte die Sache nichts weiter auf sich, wenn die Herren Wolf, Seidl, Wichtl und andere deutschradikale Recken nicht mit fortschrittlichen Deutschen, wie d'Elvert, Lecher, Licht, Primavesi, Bachmann, Demel etc., im „Deutschen Nationalverband" beisammen säßen und sich von der liberalen Presse konsequent mit dem Ehrennamen „Deutsch-Freiheitliche" bezeichnen ließen. Bisher hat man in diesem Nationalverbande nur dem Antisemitismus eine weit-

gehende Duldung entgegengebracht. Leute, die seinerzeit für die berüchtigte Resolution Schmidt gestimmt hatten, wurden trotzdem als freiheitliche Deutsche angesehen und behandelt, da sie versicherten, daß ihre freiheitlichen Grundsätze, namentlich gegenüber dem Klerikalismus, durch ihre Sonderstellung in der Judenfrage keine Einschränkung erführen. Wohl haben die Tiefer- und Weiterblickenden in der Ausschließung der Wiener Freisinnigen Kuranda, Ofner, Hock, Zenker, Neumann und Friedmann auch eine Abschwenkung von der Linie des Antiklerikalismus erkannt, aber man schloß geflissentlich die Augen vor der Tatsache, daß es sich dabei nicht um bloße Personenfragen und vor allem nicht bloß um die Stellungnahme zum Antisemitismus handle.

Jetzt aber ist es klar heraus, daß der Deutsche Nationalverband ein durchaus unbrauchbares Werkzeug auch im Kampfe um die bürgerliche Freiheit ist und die deutschen Landsknechte des Klerikalismus mit seinem Namen und seiner allerdings schon tief gesunkenen Autorität deckt. Jetzt ist es klar heraus, daß die berechtigten und nahe an die Verwirklichung gelangten Hoffnungen auf die Befreiung Wiens von der Partei der schmutzigsten Korruption, des grimmigsten Judenhasses und des schwärzesten Klerikalismus zertrümmert wurden von Abgesandten des deutschen Volkes, von den nationalen Verbandsgenossen der letzten Reste der einst ruhmvollen deutsch-liberalen Partei. Und das konnte geschehen, ohne daß sich innerhalb des Deutschen Nationalverbandes ein Sturm der Empörung gegen solch' beispiellosen Verrat erhoben, ohne daß jene „deutschfreiheitlichen" Abgeordneten, die ihre Mandate zum guten Teile den Stimmen der jüdischen Wählerschaft verdanken, das Tischtuch zwischen sich und der Gruppe Wolf entzweigeschnitten hätten.

Das Fazit der Wiener Gemeindewahlen ist die Verlängerung der Herrschaft des brutalsten Judenhasses in der Reichshauptstadt und die schmähliche Waffenstreckung der deutschen Volksvertreter vor jenem Klerikalismus, der zu seiner Macht und Höhe nur durch den Antisemitismus gelangen konnte. Die Herren scheinen der Meinung zu sein, daß die jüdische Wählerschaft in Mähren, Böhmen und Schlesien schon zu einer quantité negligeable herabgesunken sei, daß Brünn, Olmütz, Leipnik, Budweis, Teschen usw. auch ohne jüdische Stimmen gegen den slavischen Ansturm behauptet werden können. Nun denn, wir wollens abwarten. Die Wiener Vorgänge können nicht ohne tiefgreifende Wirkung bleiben und sie müssen vor allem die Juden in den gemischtsprachigen Ländern vor die Frage stellen, ob und in welchem Maße sie noch fürderhin ihr Vertrauen Leuten schenken können, die unter dem Deckmantel des Deutsch-

tums die verwerflichsten politischen Geschäfte machen und sich unter das Joch der klerikal-feudal-antisemitischen Reaktion beugen.

Protokoll

der 27. Generalversammlung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“

Abgehalten am 17. April 1912 im Saale des »Hotel Guth«.

Bei ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung fand am 17. April ds. Js. im Saale des „Hotel Guth“ die 27. ordentliche Generalversammlung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ statt.

Präsident Dr. Samuely begrüßte die Anwesenden mit herzlichen Worten, insbesondere die Herren Reichsratsabgeordneten Dr. Julius Ofner, Gemeinderat Dr. Hein, ferner den Vizepräsidenten der israelitischen Kultusgemeinde, Herrn Landesschulrat Dr. Gustav Kohn, die Kultusvorsteher kaiserlichen Rat Kauders und Brod, etc. Der Präsident gedenkt der kaiserlichen Auszeichnung, welche Herrn Landesschulrat Dr. Gustav Kohn in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das öffentliche Wohl durch die heute publizierte Verleihung des Ordens der Eisernen Krone zuteil geworden, und spricht demselben unter einmütiger Zustimmung der Versammlung die herzlichsten Glückwünsche der „Union“ aus.

Sodann erstattet Sekretär Siegfried Fleischer den folgenden Rechenschaftsbericht:

Geehrte Generalversammlung!

Unser diesjähriger Rechenschaftsbericht fällt in eine bewegte Zeit. Auf eine zwanzigjährige Periode politischer und wirtschaftlicher Reaktion, die sich über ganz Europa erstreckte, scheint ein neuer Aufschwung der liberalen Ideen folgen zu wollen. In Frankreich, in England, in Deutschland, ja selbst in Spanien ist dies deutlich wahrnehmbar, und auch in Oesterreich haben die vorjährigen Reichsratswahlen einen überraschenden Stimmungsumschlag der Bevölkerung nach links manifestiert. Die Wahlen in Wien endeten mit einer katastrophalen Niederlage der christlichsozialen Partei, und auch in der Provinz erfuhr die Vertretung der freiheitlichen Weltanschauung eine wesentliche Verstärkung. Nicht an den Wählern lag und liegt es, wenn diese Wandlung in der Arbeit des Parlaments und in der Haltung der Regierung fast gar nicht zum Ausdruck gelangt. Die geraden politischen Linien sind in Oesterreich stets durch den nationalen Streit verkrümmt worden. Sowohl im deutschen Nationalverband wie im Verbande der czechi-

schen Parteien müssen sich zahlreiche ehrlich freisinnige Abgeordnete einer dem Volksempfinden vollkommen entfremdeten nationalen Diplomatie beugen, die auf der einen Seite mit dem Klerikalismus, auf der anderen Seite mit dem brutalsten Rassenantisemitismus liebäugelt. Am schärfsten gelangt diese Verfälschung des Volkswillens in der Ausschließung fast sämtlicher Vertreter des Wiener Freisinns aus dem deutschen Nationalverbande zum Ausdruck, während sich von diesem zu den auf eine klerikale Bauernpartei reduzierten Christlich-Sozialen noch sehr intime Fäden spinnen. Nichtsdestoweniger hoffen wir, daß bei den unmittelbar bevorstehenden Wiener Gemeinderatswahlen die Christlich-Sozialen neue Einbußen erleiden werden. Die „Oesterreichisch-Israelitische Union" hat zu den Junisiegen erheblich beigetragen, und sie erfüllt auch in der jetzigen Wahlbewegung ihre Pflicht.

Allerdings muß man sich vor der Täuschung hüten, als ob mit der Niederringung einer einzelnen antisemitischen Partei auch schon der Antisemitismus selbst beseitigt wäre. Zu tief ist dreißig Jahre lang dieser Giftstoff den Völkern Oesterreichs eingeimpft worden, als daß er nicht selbsttätig weiterwirken sollte. Nicht politische oder nationale Parteien allein, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft ist bereits von alten und neuen Vorurteilen gegen die Juden durchtränkt, und wir machen täglich die Erfahrung, daß auch die Staatsverwaltung sich diesen Vorurteilen nicht entziehen kann oder will. Wie alle auf Handel und Gewerbe bezüglichen Gesetze der letzten Jahre auf die Beschränkung des jüdischen Erwerbslebens zugeschnitten sind, so haben unsere Glaubensbrüder überall in Stadt und Land gegen schwere Beeinträchtigungen ihrer wirtschaftlichen Existenz zu kämpfen. Vielfach werden Gesetze und Verordnungen von den Behörden gegen die Juden einseitig oder willkürlich ausgelegt und gehandhabt, vielfach tritt eine gewisse Lässigkeit oder Duldsamkeit gegenüber gesetzwidrigen Handlungen, sofern durch dieselben nur Juden betroffen werden, zutage, so daß unser Rechtsschutzbureau trotz der langsamen Erstarkung des liberalen Gedankens im Berichtsjahre nicht minder in Anspruch genommen war als bisher.

Vor allem hatten wir uns gegen die Tendenz der antisemitischen Parteien zu wehren, über ihre innere Fäulnis durch neue und verstärkte Judenhetzen hinwegzutäuschen. Die alten Lügen und Verleumdungen gegen die Juden werden wieder hervorgeholt und durch neue vermehrt. Da und dort wird der Versuch unternommen, den Ritualmordwahn wieder zu entfachen und mit Hilfe desselben die urteilslose Menge zu erneuten Ausbrüchen des Judenhasses zu reizen.

Mag dabei auch die suggestive Wirkung jener Ritualmordhetze mitspielen, welche anläßlich der Ermordung des Knaben

Justschinsky seit Jahresfrist in Rußland betrieben wird, so haben wir doch in allen von uns erhobenen Fällen den Einfluß klerikal-antisemitischer Agitatoren festgestellt. So wurde in Leitomischl einer unserer Glaubensgenossen von seinem Dienstmädchen beschuldigt, daß er ihr in der Nacht Blut entzogen habe. Die gerichtsärztliche Untersuchung ergab die vollständige Grundlosigkeit dieser Behauptung.

In Sobotka bei Jičin verbreitete die bei dem Kaufmanne Josef Gans bedienstete Franziska Hofrichter die Nachricht, daß ihr Dienstherr sie eines Abends durch Kampherdämpfe betäubt habe und daß sie am folgenden Morgen an beiden Händen Stichwunden hatte und im Körper eine ungewöhnliche Schwäche verspürte. Der eindringlichen behördlichen Untersuchung gelang es festzustellen, daß die ganze Geschichte erfunden sei und die Hofrichter gestand endlich, daß sie sich die Stichwunden mit einer Nadel selbst beigebracht habe.

In Elhotten bei Pilsen verschwand die bei dem Grundbesitzer J. Gruber bedienstete 16jährige Anna Egermaier. Die diesbezügliche Abgängigkeitsanzeige benützte das czechische christlichsoziale Blatt „20. Věk“ zur Konstruktion eines Ritualmordes, bis endlich amtlich festgestellt wurde, daß das Mädchen sich nach Radobschitz begeben habe und bei dem dortigen Bäcker in Dienst getreten sei, um den Behelligungen eines Knechtes zu entgehen. Das alte Märchen, daß auf einem Bahnhofe eine an einen Juden adressierte Kiste eingelangt sei, welche die Leiche eines jungen Mädchens, an welcher sich Schnittwunden vorfanden, enthielt, ist knapp vor dem letzten Pessachfeste wieder einmal auf der Bahnstation Orlau von drei dortigen Bahnbediensteten in Umlauf gesetzt worden. In Mähr.-Weißkirchen verbreitete das Blatt „Hlasy z Probečvi“ das Gerücht, daß ein jüdischer Kaufmann ein Dienstmädchen, das in seinem Laden Einkäufe besorgte, der persönlichen Freiheit habe berauben und rituell abschlachten wollen.

In all den hier angeführten Fällen sind die Verbreiter der falschen Gerüchte der Justiz überliefert und zu entsprechenden Strafen verurteilt worden. Die intellektuellen Urheber sind allerdings in höherstehenden Kreisen zu suchen und leider nicht zu fassen.

Bei Besprechung dieses Gebietes unserer Rechtsschutztätigkeit möchten wir, so weit dies die Umstände gestatten, auch noch über den derzeitigen Stand unserer rastlosen Bemühungen, das Dunkel des Polnaer Ritualmordprozesses zu erhellen, einige Mitteilungen machen. Vor mehr als Jahresfrist haben wir der höchsten zuständigen Stelle ein eingehendes Memorandum unterbreitet, in welchem das Ergebnis jahrelanger und sorgfältiger Erhebungen niedergelegt und vollkommen neues Material über die Tat- und Schuldfrage enthalten war. Diese

Anzeige hat die Grundlage zu sehr eingehenden und umfangreichen gerichtlichen Erhebungen geboten, welche derzeit noch nicht abgeschlossen sind.

Die Fälle beabsichtigter oder auch nur durch Lässigkeit verschuldeter Verletzung unserer staatsbürgerlichen Rechte haben sich im letzten Jahre in besonderem Maße gehäuft. Unsere Verfassung enthält bekanntlich die Bestimmung, daß die Zugänglichkeit öffentlicher Aemter vom Religionsbekenntnisse unabhängig sei. Demgemäß muß jede öffentliche Stellenausschreibung auch Juden die Möglichkeit der Bewerbung offen lassen. Gegen diesen verfassungsrechtlichen Anspruch sündidigen zahlreiche staatliche und autonome Behörden dadurch, daß bei öffentlichen Stellenausschreibungen von den Bewerbern die Beibringung des Taufscheines, somit der Nachweis der christlichen Konfession, gefordert wird. Bis vor einem Jahre wurden unsere diesbezüglichen Beschwerden von der höheren Instanz stets aufrecht erledigt. Seit etwa einem Jahre machen wir jedoch die Erfahrung, daß namentlich die böhmische Statthalterei bemüht ist, in irgend einer Weise einer klaren und den verfassungsrechtlichen Bestimmungen entsprechenden Erledigung unserer Beschwerden auszuweichen. Bald wird behauptet, daß die erwähnte Bestimmung nur für für die Staatsämter, nicht aber auch für die autonomen Behörden gelte, bald wird überhaupt geleugnet, daß durch die geforderte Beibringung des Nachweises der christlichen Konfession die bestehenden Gesetze verletzt seien, bald endlich sucht man über eine Entscheidung damit hinwegzukommen, daß man erklärt, die ausgeschriebene Stelle sei nachträglich überhaupt nicht oder nur provisorisch besetzt wordein. Angesichts dieser mehrfachen Gesetzwidrigkeit haben wir uns veranlaßt gesehen, den Instanzenzug energisch zu verfolgen, und wir werden in dem krassesten Falle eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes provozieren. Erfreulichere Ergebnisse zeitigte unsere Rechtsschutztätigkeit in der Zurückweisung und Verfolgung antisemitischer Angriffe durch die Presse.

Wir haben gegenüber einer von der gesamten Piusvereinspresse veröffentlichten Rede eines Rabbiners auf einem angeblichen Zionistenkongresse in Lemberg, deren aufreizender Wortlaut von A bis Z erlogen ist, die Strafanzeige bei zehn verschiedenen Staatsanwaltschaften erstattet, und es ist von mehreren Staatsanwaltschaften die strafgerichtliche Untersuchung gegen die Urheber und Fälscher dieses Hetzartikels eingeleitet worden. Ein Wahlflugblatt, welches die christlichsoziale Partei anläßlich der bevorstehenden Gemeinderatswahlen verbreitete, und von Beschimpfungen der Juden strotzte, verfiel der Beschlagnahme. Ferner wurden im abgelaufenen Jahre über unser Einschreiten die „Elbepost“ in Leitmeritz, das „Volks-

blatt für Stadt und Land“ in Teplitz, das „Deutsche Volksblatt“ in Aussig, der „Mährische Volksbote“ in Brünn wegen Aufreizungen zum Boykott gegen jüdische Geschäftsleute konfisziert.

Gegen die Entscheidung des Unterrichtsministeriums, durch welche der deutsche Ortsschulrat und die Israelitengemeinde Lomnitz angewiesen wurden, die Anbringung eines Kruzifixes in der dortigen jüdischen Schule durch den Seelsorger geschehen zu lassen, haben wir durch Herrn Reichsratsabgeordneten Dr. Julius Ofner die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben.

Mannigfache Gewaltakte, welche in Galizien gegen Juden begangen wurden, so insbesondere die Judenexzesse in Karow, und die tätlichen Insulten, denen die Juden im Bezirke Przeworsk bei religiösen Festlichkeiten vor Ostern ausgesetzt sind, boten uns Veranlassung, bei den Zentralbehörden im Interesse der Sicherheit des Lebens und Eigentums unserer bedrängten Glaubensbrüder vorstellig zu werden.

In unserem vorjährigen Berichte haben wir eingehend über die von uns unternommene Aktion zur Regelung, resp. Einschränkung des Wanderbettels in Oesterreich Mitteilung gemacht. Diese Aktion hat im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht, und es sind bereits die Statuten für die zu bildende Gesamtorganisation, sowie für die einzelnen Kreisarmenkassen ausgearbeitet, so daß wir hoffen, die Organisation noch im Herbste des Jahres 1912 in Wirksamkeit treten lassen zu können. Auf einer Informationsreise, welche unser Sekretär durch die wichtigsten Gemeinden Böhmens unternommen hat, begegnete derselbe der einmütigen und freudigen Zustimmung zu dieser Reform.

Die Zahl unserer Mitglieder hat auch im abgelaufenen Jahre einen Zuwachs erfahren, welcher den von unserem Sekretär und Leiter des Rechtsschutzbureaus gehaltenen erfolgreichen Werbevorträgen in Znaim, Iglau, Czaslau, Böhm.-Leipa, Prag, Aussig, Teplitz-Schönau, Brüx, Komotau, Saaz, Marienbad, Eger, Pilsen, Strakonitz, Budweis, Tabor, Beneschau, Rakonitz, Schlan, Laun, Leitmeritz und Reichenberg sowie der regelmäßigen Propaganda in Wien zu danken ist.

Im abgelaufenen Vereinsjahre sind der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ 465 Mitglieder neu beigetreten. Diesem Zuwachs steht ein Ausfall von 259 gegenüber, so daß sich unser Mitgliederstand derzeit auf 7963 beläuft.

Im Berichtsjahre gingen 2215 Geschäftsstücke ein, 2373 Geschäftsstücke aus. Für Propaganda, Kalender und Expeditionen wurden 17.584 Briefe abgefertigt. Die Vereinsagenden wurden in 6 Vorstands- und 5 Präsidialsitzungen erledigt.

Der „Unionkalender“ hat im abgelaufenen Jahre einen Reinertrag von K 2476.24 ergeben, gegen das Vorjahr ein Plus K 472.32.

Ein erhebendes Fest beging die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ am 11. Dezember 1911 mit der Feier des 80. Geburtstages unseres Ehrenpräsidenten und vieljährigen Präsidenten, Herrn Sigmund Mayer. Aus diesem Anlasse fand im Festsaale des „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ eine glänzende Versammlung statt, bei welcher Herr Reichsratsabgeordneter Dr. Julius Ofner die Festrede hielt und der Jubilar selbst die Versammlung durch eine von jugendlichem Feuer erfüllte Rede, in welcher er die Notwendigkeit unausgesetzten Kampfes für unsere Rechte betonte, erfreute. Mit Rücksicht auf sein hohes Alter hat Herr Siegmund Mayer schon unmittelbar nach der vorjährigen Generalversammlung dem Wunsche Ausdruck gegeben, von der Bürde des Präsidiums entlastet zu werden. Er hat jedoch Wert darauf gelegt, als Vizepräsident noch weiterhin seine reichen Erfahrungen dem Vereine dienstbar machen zu können. Da Herr Vizepräsident Dr. Ornstein infolge seiner gehäuften Berufsgeschäfte die Wahl zum Präsidenten ablehnte, fiel dieselbe auf Herrn Dr. J. Samuely, welcher nun seit Mai 1911 an der Spitze des Vereines steht.

Am 30. Dezember sprach unser Präsident, Herr Dr. Samuely, in einer zahlreich besuchten Versammlung über die Regelung des Wanderbettels. Am 18. Jänner hielt Frau Müller-Rosenzweig im Saale des „Niederösterreichischen Gewerbevereins“ einen überaus spannenden Vortrag über Palästina, welcher durch die Vorführung interessanter Lichtbilder belebt wurde. Nicht minderen Erfolg hatte der am 28. Februar im Festsaale der Wiener Kaufmannschaft gehaltene Vortrag des Herrn Josef Beck über seine Reise in Algerien, Tunis und Marokko, bei welchem künstlerisch vollendete Aufnahmen in Lichtbildern vorgeführt wurden.

Auch im verflossenen Jahre sind uns zahlreiche treue Mitglieder durch den Tod entrissen worden. Wir betrauern das Hinscheiden der Herren: Dr. Sigm. Adler, H. Baumgarten, Lazar Bratmann, Josef Deutsch, Max Ehrenreich, Isak Einhorn, Heinrich Fleissig, Sam. Fried, Leopold Friedmann, Leop. L. Frischauer, Dr. Alfred Glogau, David Glück, Ferdinand Goldschmidt, Moriz Groag, Dr. Alfred Guttmann, Wilhelm Hiller, H. Hochsinger, Edmund Hollitscher, Nathan Jerusalem, Hermann Kassowitz, Friedrich Katscher, Dr. Heinrich Kohn, Adolf Knina, Wilh. Krieger, Israel Kunke, Edmund Lenk, Bernhard Leszleny, Hermann Liebermann, Max Mandl, Sigmund L. Mandl, Anselm Markus, Moses M. Mensch, Leopold Müller, Bernhard Pollak von Parnau, Adolf Popper, Chaim Raab, Sam. Rechert, Dr. Ignaz Sakl, Jakob Schwarz, S. Seidl, Jos. Silbermark, Isidor

Süß, Ignaz Scheck, Friedmann Schulhof, Emil Schwarz, Leopold Schwarz, Max Stern, Julius Weinberger, Wilhelm Weiner, Moriz Zobel, sämtlich in Wien; Simon Augstein, Pilsen; Moriz Bauer, Deutschbrod; Philipp Beck, Pilsen; Sigmund Bloch, Soborten; Sam. Bochner, Bielitz; Moriz Duschenes, Marienbad; Ignaz Felix, M.-Ostrau; Phil. Forster, Přivoz; Sigmund Fries, Colloredow; Heinrich Fürth, Pilsen; Ludwig Goldberger, Graz; Isak Goldfeld, Stanislau; Josef Hahn, Gablonz; Emil Hirsch, Prossnitz; Sigmund Kafka, Linz; Bernhard Kaufmann, Olmütz; Dr. Ignaz Lang, Přivoz; Adolf Löbl, Bodenbach; D. Mendl, Gablonz; Adalbert Pokorny, Iglau; Alois Pollak, Königl. Weinberge; Karl Pollak, Prag; M. Rosner, Prag; Salo Rittermann, Bielitz; Max Rothschild, Teplitz; Michael Rafael, Linz; Dr. Hugo Rappaport, Trautenau; Fritz Rindler, Beneschau; Sal. Schmiedl, Chrast; H. Scharf, Colloredow; Dr. Jonas Schläfrig, Mistelbach; Hermann Schütz, Prag; Dr. David Seidl, Prerau; S. Spitzer, M.-Ostrau; Alois Stein, Taus; Josef Stiassny, Deutschbrod; Josef Tritsch, Meran; Viktor Turnowsky, Julienhof; Adolf Türk, M.-Ostrau; Markus Unger, Strakonitz und Ludwig Willner, Teplitz.

Die geehrte Generalversammlung hat sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben, und wir bitten um die Ermächtigung, diese Trauerkundgebung dem Protokolle einverleiben zu dürfen.

Allen Mitarbeitern und Vertrauensmännern der „Oesterreichisch-Israelitischen Union", insbesondere den Abgeordneten Dr. Ofner und Kuranda, ferner den Vortragenden sprechen wir an dieser Stelle für deren stete Bereitwilligkeit, uns in der Ausübung des Rechtsschutzes zu unterstützen, den wärmsten Dank aus. Ebenso danken wir der Presse für die Förderung unserer Bestrebungen.

Geehrte Generalversammlung! Als ein Kampfverein ist die „Oesterr.-Isr. Union" gegründet worden, und nur im steten, nie erlahmenden Kampfe um die staatsbürgerlichen Rechte unserer Glaubensbrüder und um die Ehre des Judentums liegt ihre Existenzberechtigung. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte, der freudigen Mitarbeit aller einzelnen Glieder unserer großen Glaubensgemeinschaft, um unsere Stellung in Staat und Gesellschaft zu behaupten, unsere Widersacher abzuwehren und die volle Gleichberechtigung, die für uns bisher nur auf dem Papiere stand, zu erringen. Zu dieser Mitarbeit aller rufen wir auf! Wir dürfen nicht rasten und nicht rosten, wir müssen geistig und physisch auch weiterhin für jene Kämpfe gewappnet sein, die uns zweifellos bevorstehen. Insbesondere aber müssen wir immer und immer wieder den Ruf erheben, daß unsere österreichischen Juden an materieller Opferwilligkeit nicht hinter ihren Glaubensbrüdern in anderen Ländern, und nicht hinter

den anderen Nationen des eigenen Reiches zurückstehen. Nur wenn der Rechtsboden, auf welchem sich alle unsere religiösen und charitativen Institutionen entwickelt haben, unversehrt erhalten wird, können wir auch weiterhin diese Institutionen selbst erhalten. Das Beispiel anderer Völker möge für die österreichische Judenschaft vorbildlich sein, unsere große Schutz- und Kampforganisation stets schlagfertig zu erhalten und mit den hiezu erforderlichen Mitteln nicht zu kargen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Im Namen der Revisoren erstattete Herr Josef Fuchs folgenden Kassabericht:

Kassabericht

der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" pro 1911.

Einnahmen:		
Kassa-Saldo 1. Jänner 1911	K	4085.51
Mitglieder-Beiträge	„	29202.64
Kalender-Erlös	„	2476.24
Zinsen	„	63.70
Spenden	„	120.—
Legate	„	300.—
Jubiläums-Fond	„	515.—
Heimats Cto. Rückzahlung	„	453.21
	K	37216.30

Ausgaben:		
Rechtsschutz	K	4048.10
Diverse Spesen	„	2189.18
Drucksorten	„	2065.42
Monatschrift	„	4050.63
Beleuchtung und Beheizung	„	180.99
Postsparkasse, Provision	„	225.37
Remunerationen	„	2362.—
Gehalte	„	12122.—
Bureau-Miete	„	1450.—
Porti	„	2418.46
Stenographen	„	240.—
Inkasso-Provison	„	975.30
Vorträge	„	250.—
Saal-Miete	„	240.—
Russische Juden	„	15.20
Saldo	„	4383.65
	K	37216.30

Geprüft und richtig befunden:

WIEN, 10. April 1912.

Ig. Simon m. p., **J. Fuchs** m. p.

Der Präsident eröffnet die Diskussion und erteilt zunächst Herrn Lucian Brunner das Wort. Herr Brunner gibt dem Befremden darüber Ausdruck, daß die „Oesterreichisch-Israelitische Union" sich in der letzten Zeit auffallend von allgemeinen politischen Angelegenheiten zurückgezogen habe. Sie habe jetzt unmittelbar vor den Gemeinderatswahlen keine Ver-

sammlung abgehalten und sie kümmere sich anscheinend auch nicht um die Kultuswahlen. Redner führt einzelne politische Momente, insbesondere die Stellungnahme zu dem Verlangen der Bukowinaer Judenschaft um Gewährung eines jüd. Katasters an, bei denen der Vorstand der „Union" selbständig vorgegangen sei, ohne die Meinung der Mitgliederversammlung eingeholt zu haben. Ein jüdischer Kataster in der Bukowina mag praktisch sein oder nicht — er selbst halte einen solchen für nicht praktisch —, so müsse doch den Mitgliedern Gelegenheit geboten werden, zu einer solch wichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Redner spricht den Wunsch nach einer regeren politischen Tätigkeit und nach häufigerer Abhaltung von Versammlungen aus.

Präsident Dr. Samuely erwidert dem Vorredner, daß die Zeiten auch für die Judenschaft andere geworden seien, und daß sich namentlich in Wien mehrere einander sehr heftig bekämpfende Parteien unter den Juden gebildet hätten. Gerade in jüngster Zeit sei es anläßlich eines Vortrages rein wissenschaftlicher Natur zu lärmenden Szenen sogar auf offener Straße gekommen, und die diesbezügliche Versammlung sei in sehr bedauerlicher Weise gestört worden. Sofort wurden diese Szenen von den antisemitischen Gegnern ausgenützt und in der christlichsozialen Wahlaitagtion spiele nun die Verleumdung, daß bei jener Versammlung die christliche Bevölkerung beschimpft worden sei, eine große Rolle. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen und zur Vermeidung weiterer derartiger Angriffspunkte sei es geboten gewesen, spezifisch jüdische Versammlungen und insbesondere eine jüdische Wählerversammlung zu vermeiden. Mit der fortwährenden akademischen Versicherung, daß man auch die gegenteilige Meinung achte, sei nicht gedient. Diese Toleranz müsse auch praktisch betätigt werden, und man dürfe nicht wieder zu solchen Zuständen gelangen, wie vor Jahren, als in einer Versammlung der „Union" einem um das Judentum verdienten Manne ein Bierkrügel an den Kopf geworfen wurde. (Lebhafte Zustimmung.)

Vizepräsident Dr. Ornstein fühlt sich veranlaßt, zu den Ausführungen des Herrn Brunner Stellung zu nehmen, weil gerade er als langjähriger Vorsitzender der Versammlungen und als Vizepräsident ein Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den von Herrn Brunner behaupteten angeblichen Versäumnissen des Vereines in sich trage. Herr Brunner habe behauptet, es sei gleichgültig, ob die von den Jüdisch-Nationalen verlangte jüdische Kurie in Mähren und in der Bukowina praktisch sei oder nicht, man müsse unter allen Umständen für dieselbe eintreten. In solcher Weise dürfe man doch nicht Politik machen. Wenn man eine Sache für praktisch undurchführbar erkenne,

dann müsse man dieser Erkenntnis auch offen und männlich Ausdruck geben und sich nicht von irgend einer Volksströmung daran hindern lassen. Der Vorstand der „Union" habe dies getan in dem Bewußtsein, daß seine Anschauungen von der ungeheuren Mehrheit der Mitglieder geteilt werde. Die österreichische Judenschaft wolle tatsächlich eine jüdische Kurie nicht, weil eine solche gegenüber der gesetzlichen Emanzipation einen Rückschritt bedeuten würde, weil sie eine Negierung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung wäre. Die Juden wollen in voller Gleichheit mit den anderen Bürgern dieses Staates bei den Wahlen in die öffentlichen Vertretungskörper wirken und sich nicht in eine eigene Kurie hineinpferchen lassen, welche ihnen einen unsichtbaren gelben Fleck anheften würde. Es sei aber auch nicht möglich, in der Bukowina eine jüdische Kurie zu errichten und in Wien, Böhmen, Mähren und den Alpenländern eine solche zu vermeiden. Daß aber die jüdische Kurie für die innerösterreichischen Länder ein Ding der Unmöglichkeit sei und die Juden in eine ganz unhaltbare — sowohl politisch als wirtschaftlich und sozial — Lage brächte, bedarf keiner besonderen Begründung, nachdem Herr Brunner eine eigene jüdische Wahlkurie selbst für unpraktisch erklärt habe. (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen hierauf die Herren Beer und Rottenberg, worauf die Debatte geschlossen wird. Die Versammlung erteilt zum Schlusse dem Vorstande das Absolutorium und spricht den Revisoren den Dank aus. In den Vorstand werden per Akklamation einstimmig die Herren Dr. Jakob Ornstein, Gemeinderat, Stadtbaumeister Edmund Melcher und Isidor Samuely wieder- und Herr Dr. Arthur Mahler neugewählt. Zu Revisoren wurden die Herren Ig. Simon und Kultusvorsteher S. Brod bestellt.

Nach Schluß der Generalversammlung hielt Herr Dr. J. S. Bloch einen überaus interessanten, mit großem Beifalle aufgenommenen Vortrag unter dem Titel: „Reiseeindrücke aus Amerika", welcher in der „Oesterreichischen Wochenschrift" bereits publiziert wurde.

Erinnerungen aus den Jahren 1815—17,

Das ältere Geschlecht, das am Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aufgewachsen war, schwindet immer mehr und mehr dahin. Aber selbst dieses Geschlecht hat nicht mehr das alte Ghetto in seiner ursprünglichen Gestalt gesehen, sondern nur von seinen Eltern und Voreltern die Nachrichten über das Leben und Treiben, über Handel und Wandel in den engen und kleinen, oft drückenden Verhältnissen vernommen. Daher sind alle Aeußerungen über die

Lebensverhältnisse in Briefen oder Memoiren wichtig. Besonders in einer Zeit, wie die Jahre 1815—18! Gleich nach dem Befreiungskriege wurde die Lage der Juden noch unerträglicher, als in der vorangegangenen Periode. Obwohl die Juden in den Kriegen als Soldaten sich ausgezeichnet haben, so wurden ihre Rechte noch erheblich eingeschränkt, an eine Ausdehnung, resp. Erweiterung derselben wurde gar nicht gedacht. Selbstverständlich blühten unter diesen Verhältnissen in Oesterreich wie in anderen Ländern der heil. Allianz Judenhaß, Polizeiwillkür, Beamtenhochmut und Bestechung. (Vergl. M. Philippsohn Neueste Geschichte des jüd. Volkes Bd. 1. p.)

Die Erinnerungen stammen aus den Briefen des Rabbiners Ber Markbreiter Katzenellenbogen an seinen Sohn Gabriel Markbreiter in Tobitschau in Mähren. Ber Markbreiter war Rabbiner in Hotzenplotz, er wirkte daselbst, wie wir aus seiner Grabinschrift wissen, 40 Jahre lang als Rabbiner der Gemeinde in Hotzenplotz vom Jahre 1793 bis zu seinem am 24. Tamuz 1833 erfolgten Tode. Markbreiter war ein Rabbiner alten Schlages, bei dem wir ideales Streben, Höhe der Berufsauffassung, vornehme Gesinnung, wahre Menschenliebe und die Förderung alles Wahren und Guten anerkennen und bewundern müssen. Nebst dieser Briefsammlung sind drei Bände Predigten erhalten, Halacha und Aggada, zu den Sabbaten, vor dem Pessachfeste und vor dem Versöhnungstage, an welchen die Rabbiner der alten Zeiten gepredigt haben. Die Predigten erinnern in Form und Inhalt an die ähnlichen Sammlungen, z. B. des Abraham Cebi ben Majer Israel aus Nikolsburg, Rabbiner in Mähr.-Kromau, des Josef Kopp in Ung.-Brod und des Jakob Hirsch Feilbogen in Ung.-Ostra u. a. Markbreiter stand auch im gelehrten Briefwechsel mit dem damaligen mährischen Landesrabbiner Mordechai Benet (s. desselben Responsen p. 120 c, in Gemeindeangelegenheiten), ferner mit seinem Vorgänger und Verwandten Cebi Hiresch Buschke, später Rabbiner der drei Gemeinden Hamburg, Altona, Wandsbeck. (Resp. O. Ch. Nr. 5, wo er als Verwandter bezeichnet wird.) So dürfte die Person des Briefschreibers an und für sich Interesse beanspruchen, geschweige denn die für die Kultur- und Sittengeschichte, wie auch für die allgemeine Geschichte wichtigen Einzelheiten.

Wir registrieren erst die für die Geschichte im allgemeinen nicht unwichtigen Tatsachen. Im Sommer 1815 sind die Straßen wegen der russischen Truppen unsicher. Markbreiter schreibt am 30. Tage des Omar (575—1815): Nur bitte ich euch, liebe Kinder, wann (= wenn) ihr ja Geld mit führt, seit behutsam, besonders wann (= wenn) die Russen marschieren, sollt ihr nicht reisen ohne Bedeckung. — In dem kleinen Orte Tobitschau wurde der Sieg der Alliierten besonders feierlich — mit Illu-

mination — begangen. (Brief vom 4. Tamuz 1815.) In dieser Zeit waren die Hofjuden zu großem Einfluß gelangt, als solche lernen wir kennen einen gewissen M. Blühdorn, besonders bei den Behörden in Troppau, ferner Jonas Grünbaum, den Schwiegervater des Gabriel Markbreiter in Tobitschau, der beim Statthalter von Mähren und bei den übrigen Herren des Guberniums sehr gut angeschrieben war. Allerdings waren Audienzen bei den Behörden recht kostspielig, darüber geben die Briefe in unzweideutiger Weise Auskunft. Vor 1815 war es den Juden erlaubt, in Christenhäusern Wohnungen oder Geschäftslokale zu mieten, nach dieser Zeit (1817) mußten die Juden, unter dem schweren Drucke der Reaktion, wieder die Häuser verlassen, was zu einem langwierigen Rekurs Anlaß gab und die Hotzenplotzer Judenschaft viele Monate in Aufregung hielt. Handel und Gewerbe hatten viel zu leiden in dieser Zeit, einerseits infolge des wechselnden Geldkurses, andererseits durch die Chikanen der Behörden. Jie Juden handelten mit Wolle, Hanf, die sie aus Leipnik, Proßnitz und anderen Städten brachten. Sie betrieben auch einen lebhaften Zwischenhandel mit Breslau, nach Pest und Olmütz fuhren sie regelmäßig zu den Märkten. Für die Wirtschaftsgeschichte lassen sich so manche Einzelheiten aus den Briefen schöpfen, so über ihren Zinsfuß (20 % bis 25 %), Juden bekämpften einander — oft auch mit unsauberen Mitteln.

Naturgemäß sind die Nachrichten über speziell jüdische Verhältnisse und Gemeindeangelegenheiten zahlreicher. Am 9. Tebet 578—1817. Dez. schreibt M.: gewiß wirst du es schon wissen, daß vom Gubernium der Auftrag gekommen ist, — denn sie sehen, daß die Rabbinen mit dem geringen Gehalt nicht auskommen können —, daß jede Gemeinde dem Amt vorlegen soll, wie viel sie brauchen, das Amt soll für jeden das billige bestimmen und dem Kreisamte zur Uebersicht geben hiernach soll die Repartition auf die Steuerträger eingericht (eingerichtet) wern (werden), der hiesige Amtmann hat mir das für (als) eine gute Nachricht gesagt mit dem Ausdruck, daß ich wer(de) nicht mehr nötig haben, auf der Gnade der Gemeinde zu leben." Es ist jedenfalls beachtenswert, daß die Behörde sich der Rabbinen angenommen hat! Das Gehalt des Rabbiners wechselte sehr oft, bald 15, bald 20, bald 25 Gulden wöchentlich. Der Rabbiner mußte aber oft auf seine Besoldung Jahre lang warten. Wäre Markbreiter kein vermögender Mann gewesen, so hätte er es gewiß nicht aushalten können. Im Sommer 1817 will Markbreiter auch den Posten in Hotzenplotz aufgeben und hat schon deshalb Schritte beim damaligen Landesrabbiner Mordechai Benet unternommen. Mit letzterem hat Markbreiter auch im Kurorte Andersdorf, wohin schon in damaliger Zeit viele jüd. Familien aus den nahe-

liegenden Gemeinden Leipnik, Prossnitz und Zülz zum Sommeraufenthalt gingen, oft verkehrt. Er äußert sich sehr lobend über den Landrabbiner, nur einmal in einem Briefe vom 1. Tamuz 1817 heißt es: „wegen des Schweigens des Landrabbiners wirst du von R. Meir Broda am Olmützer Markte Näheres erfahren, gewiß hat auch sein Sohn Naftali über mich ungünstig ausgesprochen, da er während seines Aufenthaltes in Zülz oft von mir Darlehen forderte, ich aber auf seine Stimme nicht hörte." Schon früher am 18. Sivan desselben Jahres, schreibt er: „vom Landrabbiner habe ich bis dato kein Schreiben erhalten und werde auch wahrscheinlich keines bekommen, denn ich weiß, daß seine Frau und Kinder einen Brief, der ihm nichts einbringt und keine Freude macht, nicht einhändigen." Daraus ist auch zu ersehen, daß eine Hierarchie für die jüd. Gemeinden wenig geeignet ist. Die Familienbewerber oder Heiratskandidaten mußten beim Kreisamt in Gegenwart des Rabbiners aus Wesselys Bene Zion eine Prüfung ablegen, was oft zu großen Unannehmlichkeiten Anlaß gegeben hat. Von einem solchen Fall im Jahre 1816 schreibt der Rabbiner an seinen Sohn (11. Ab.): „nun will ich dir Neuigkeiten aus der Gemeinde mitteilen, am 17. Tamuz sind die Vorsteher zu mir gekommen und erzählten mir, was der Lehrer Goldschmied mit dem P . . . . gemacht hat. Dieser verlangte vom Lehrer, er soll mit ihm nach Troppau zur Prüfung aus dem Bene Zion fahren zur Erlangung des vorgeschlagenen Familienrechts. Da sagte ihm der Lehrer: wenn du mir 90 Gulden gibst, fahre ich mit dir und du wirst die Prüfung bestehen. Hierauf übergaben sie das Geld in die Hand eines gewissen Moses Lasch in Troppau mit der Bedingung, das Geld in dem Falle auszufolgen, wenn der Kandidat die Prüfung bestanden hat. Der Lehrer hat das Geld genommen und der Kandidat hat die Prüfung nicht bestanden. Hierauf wurde der Lehrer am Samstag den 8. ab dem Gericht übergeben und öffentlich nach Troppau geführt. Die Gefangennahme wurde durch die Aussage des obengenannten Troppauer Herrn veranlaßt." Die Sache hat den Rabbiner so aufgeregt, daß er stante pede das Amt niederlegen will, weil er solches Vorgehen als Entweihung des göttlichen Namens ansieht. So war das Leben der Juden im Ghetto reich an Aufregungen. Wie hart und drückend auch das Familiengesetz gewesen, so hat es sich trotzdem so fest eingebürgert, daß beim Herannahen einer neuen Zeit, vor der Einführung der Konstitution die konservativen Juden sich an dieses pharaonische Gesetz gewöhnt hatten, daß einige noch als Familianten heiraten wollten. So schreibt der Rabbiner Michael Elieser Kohn in Piesling, Verfasser der Biographien hervorragender rabbinischer Autoritäten früherer Jahrhunderte (Wien, 1890) und Mitarbeiter der Zeitschriften

Neuzeit, Kochbe Ichak, Hamwasser am 9. Jan. 1850 an seinen Jamnitzer Kollegen Rabbiner David Oppenheim: „Was die Constitution nicht noch an Wunder unter uns herbeiführen wird! Der Ueberbringer dieses, Schames in Pullitz hat sichs in Kopf gesetzt, er muß auch noch als Familiant heiraten, und da der Pullitzer Vorstand endlich hierin eingewilligt, habe ich ihm das nötige Religionszeugnis erteilt.“ Man sieht hieraus deutlich, daß die Menschen sich oft an die drückendste Knechtschaft gewöhnen. Die Folgen der Knechtschaft und Unterdrückung konnten erst nach vielen Jahrzehnten, bei den Enkelkindern, verwischt werden.

Skotschau, den 24. April 1912.

Dr. A. Marmorstein.

Aus der Mappe eines Briefboten der jüdischen Ghetti Wien—Prag im Jahre 1619.

Von Dr. Gottfried Freudmann, Wien.

Eine religiöse Vorschrift lautet: „Wer mehr als 30 Tage einen Friedhof nicht besucht hat, spreche beim Wiederbetreten dieser Ruhestätte: Gelobt sei, der die Toten belebet.“ Wir finden aber auch im Talmud einen Ausspruch, der besagt, weise und bedacht sei es von der Vorsehung, daß der Tote aus dem Gedächtnisse der ihn Ueberlebenden schwindet. So sehr auch diese zwei Aussprüche sich widersprechen, so sind sie doch in Einklang zu bringen.

Das eherne Naturgesetz, das uns die Toten vergessen läßt, hat den Zweck, uns davor zu bewahren, uns in Gram völlig aufzuzehren. Dagegen ist das Erinnern an das Leben und Wirken unserer Vorfahren von hohem ethischen Werte. Wie sehr diese Erinnerungen von jeher bei uns eingeschätzt worden sind, beweist die Benennung des Friedhofes bei den Juden. Er führt den Namen: „Haus des Lebens, Beth ha—Chajim“. Der Besuch der Stätte, wo die irdischen Reste unserer Voreltern bestattet sind, weckt die Erinnerungen an deren edles Wirken, knüpft die Verbindung mit der Vergangenheit unseres Volkes von Neuem an. Entrückt von den Kämpfen des Tages, von den Hemmnissen und Widerwärtigkeiten des Alltages wenden wir uns in Bewunderung dieser Lichtgestalten vergangener Tage einer fernen, fernen Zukunft zu und träumen von der Wiedergeburt echt jüdischen Geistes und des jüdischen Volkes. Kehren wir heim und befinden wir uns wieder in der rauhen Wirklichkeit, so wirkt diese Stunde der Andacht immerhin noch nach und wir sind bestrebt, die Ideale unserer Altvordern zu den unsrigen zu machen und sie in die Zukunft hinüberzuretten.

Der Zweck dieser Zeilen ist es aber nicht, ein „Haus“ des Lebens, sondern ein „Buch“ des Lebens in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen. Ein Buch, geschrieben von zwei Wiener Gelehrten, für wissenschaftliche Kreise bearbeitet, doch so geschrieben, daß es, in die Hand genommen, auch die weiten Kreise der Laienwelt mit Spannung fesselt.*) Wir fühlen uns in das Prager Ghetto versetzt. An einem Freitag ist es, einem Erew Schabbos, im November 1619, der Beginn einer sturmbewegten Zeit, des dreißigjährigen Krieges. Mit Blitzeseile verbreitet sich die Nachricht, ein Bote sei aus Wien mit Briefschaften angekommen. Und nun die Aufregung in der Gemeinde. Trotz der Kürze des Tages, trotz der Vorbereitung für den zeitlich beginnenden Sabbath werden die Briefe beantwortet, denn der Bote will wieder ehemöglichst die Rückreise antreten. Er sammelt die Briefe ein und macht sich auf den Heimweg nach Wien, doch ein Verhängnis will es, daß dem „Mercur der Ghetti Wien—Prag“ die Briefe abgenommen und zurückbehalten werden, da diese wahrscheinlich als staatsgefährlich erschienen. Der Verdacht dürfte durch einen Brief entstanden sein, der einige chiffrierte Zeilen enthielt. Durch einen Nachtrag der Herausgeber ist die „Staatsgefährlichkeit“ dieses Briefes festgestellt. Es handelt sich um eine „Partie“, einen Schidduch. Ein besorgter Verwandter empfiehlt einen „choschewen Bochur“ (kenntnisreichen Jüngling) dem Schwiegervater seines Onkels. Schließlich werden die Briefe im Staatsarchiv hinterlegt, dort schlummern sie einen tiefen Schlaf, bis obgenannte Gelehrte dieselben zu neuem Leben erwecken.

Das jüdische Prager Ghetto, aber auch das von Wien, lebt hier wieder vor uns auf.

Wir können die Gestalten greifen. Sie geben sich wie sie sind, mit ihren geringen Schwächen und ihren vielen Vorzügen. Sarel, Tochter des Moses, schildert ihrem Manne die Qualen, die sie erduldet ob seines Fernbleibens. Ist er einmal heimgekehrt, werde sie alles aufbieten, daß er nicht mehr Prag und sie verlasse. Löb Justemnitz ist in Wien „unter die Soldaten“ gefangen genommen. In Angelegenheit seiner Befreiung gehen drei Schreiben ab. Eine Schwester bittet ihren Bruder, er möge ihr die Hilfe zu der in zirka 2 Wochen stattfindenden Hochzeit ihrer Tochter nicht versagen; er sei ihre Stütze. Wohl wissen wir, daß der Brief ihn nicht erreicht hat; doch ungelöst ist die Frage, ob die Ehe der Nichte trotz Ausbleibens

*) Jüdische Privatbriefe aus dem Jahre 1619, nach den Originalien des k. u. k. Haus-, Hof-, und Staatsarchivs im Auftrage der Historischen Kommission der israelitischen Kultusgemeinde in Wien, herausgegeben von Doktor Alfred Landau und Bernhard Wachstein, Wien—Leipzig. Wilhelm Braumüller, 1911, XLIX und 133 + 61 Seiten, nebst acht Schrifttafeln.

der Hilfe zustande gekommen ist. Aus einem anderen Briefe ersehen wir, daß einem Vater das Herz bricht, weil sein jungverheirateter Sohn sofort in das geschäftliche Getriebe seines Schwiegervaters lebhaft eingreift und hiedurch das Studium der „Thora“ vernachlässigt. Der Brief des vielbeschäftigten Arztes Dr. Ahron Maor Katau Lucerna (ich hab gar vil zu ton unter Juden und Christen . . . . ich hab mir musen ein Pferd nemen, as ich nit ken alles derlafen) kann im Auszuge nicht wiedergegeben, der muß im Originale nachgelesen werden.

Mehrere der Briefschreiberinnen bestellten sich Toilettegegenstände, zumeist Schleier. Nur in einzelnen Briefen werden die Weltereignisse gestreift, die meisten befassen sich mit der eigenen bedrängten Lage und mit Familienereignissen.

Unter den Briefschreibern finden wir Namen wie Auerbach, Rapaport, Flekls, Flesch, Hammerschlag, Heller, Horowitz, Karpeles, Landau, Lipschitz, Pribram, Goldschmid etc. etc., die heute noch viele und angesehene Familien in Prag und in Wien tragen. Diesen Familien sei in erster Reihe die Lektüre dieser so mannigfaltig interessanten Briefe empfohlen. Besonders interessant wird die Lektüre für unsere Damen sein, wie sehr auch ihre Schwestern vor 300 Jahren der Mode gehuldigt haben und ein moderner Toilettegegenstand das Ziel ihrer Sehnsucht war. Aber auch der Sprachforscher, der Kulturhistoriker, der Nationalökonom etc. etc. kommt auf seine Rechnung. Es ist also nur eine Abtragung der Dankesschuld an die Verfasser aus der Mitte unserer Glaubensgenossen, wenn diese Zeilen sich mit den „Jüdischen Privatbriefen“ befassen.

Der „Readcliff“-Schwindel.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An diesen Fundamentsatz *jeder* Religion: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, vorzugsweise der christlichen, oder vielmehr an den *Abgang* dieses Um und Auf jedweder *Ethik* wurden wir in den letzten Wochen aufdringlich erinnert. Tausende und abertausende Male ödete uns der ungezügeltste Haß aus öffentlichen Anschlagsäulen, mehr noch aus jenen in Form der jeweiligen „Bezirkspresse“ den Wählern zugestellten Hetzschriften an. Und die unzertrennlichen Begleiter der blinden Wut, Lüge und Beschränktheit rangen mit um die Palme der Niedrigkeit. In augenverdreherischer Art ward die Form des „Dankes“ gewählt, um einen Pfuhl von Verdächtigungen, Herabwürdigungen auf das Judentum auszuschütten, die bekannte Dreieinigkeit *Steiner*, *Prinz Liechtenstein*, *Weiskirchner* entdeckte überdies ganz plötzlich ihr echt deutsch-christlich-arisches Herz, womit sie das

schmähliche Kompromiß mit den Deutschradikalen einleitete, ein — selbstverständlich ungenannt sein wollender — Autor malte in all' den „Bezirkspressen" unter dem Titel „das politische Programm des Judentums" seinen harmlosen Lesern ein Schauergemälde von den Schrecken vor, die seiner harren, wenn das so furchtbar gefährliche Judentum zur Macht käme. In der Tat spart der von dem angeblich „englischen Rabbiner" „John Readcliff" (man beachte die Schreibweise!) entwickelte Kriegsplan gegen alle, die nicht jüdisch sind, nicht mit modernen Schrecken. Die Herren der Börse müssen die Staatsschulden vermehren helfen, womit „heute bereits alle Kaiser, Könige und Fürsten" zufolge der Aufrechterhaltung „ihrer wankenden Throne durch die Millionenheere überlastet sind". Als Faustpfand müssen die Juden die Hand legen auf die „Eisenbahnen, Bergwerke, Waldungen, Hochöfen, Fabriken, ja selbst die Steuern" der betreffenden Länder. Auch die Zertrümmerung des Großgrundbesitzes, damit der Boden in jüdische Hände übergehe, bilde einen wichtigen Programmpunkt. „Jeder Krieg nach außen, jeder Aufruhr, jede Erschütterung im Innern" bringe die Juden um einen Schritt näher „jenem erstrebten Tage" der Beherrschung durch das Geld. „Juden müssen das Getreide verteilen an alle .... Juden müssen Alleinherren der Presse werden, um alle bisherigen Ideen über Ehe, Tugend usw. umstürzen zu können ..... Mit jüdischem Gelde seien die Kapazitäten der „Gojim" feil zu machen und in Schlaf zu lullen usw."

Nicht um diesem lächerlichen Gesudel die Ehre der Widerlegung angedeihen zu lassen, sondern um zu zeigen, mit welchen Waffen der Lüge bei den eben abgeführten Wahlen gekämpft wurde, wollen wir berichtigend feststellen, daß es niemals einen englischen Rabbiner dieses Namens gab: folglich konnte auch niemals diese angeblich im Jahre 1880 gehaltene Rede gesprochen worden sein. Wahr ist dagegen, daß unter dem Pseudonym Retcliff ein deutscher Antisemit, der einstige Redakteur Hermann Goedsche im Jahre 1868 — nicht 1880 — einen Roman: „Gaeta—Warschau—Düppel" veröffentlichte, in dessen 1. Bande eine frei erfundene Schilderung eines mittelalterlichen Konzils, überdies zur Erhöhung des Gruselns auf dem Prager Judenfriedhof (!) enthalten ist. Aus dieser haarsträubend-phantastischen Expektoration stoppelte nun vor etwa 21 Jahren die antisemitische „Berliner Korrespondenz" willkürlich eine „Rede" zusammen, die 1906 sich als wirksamste Propaganda für Pogrome in Rußland bewährt hat.

Unergründlich bleibt nur, daß man bei Uebernahme dieses literarischen Schandproduktes in die „Bezirkspressen" zum Zweck der Wahlbeeinflussung nicht das Konversationslexikon zu Rate gezogen hat. Man hätte daraus — außer der richtigen

Schreibwesie des Namens — auch erfahren, wess Geistes Kind besagter Herr Goedsche war.

Unerfindlich ferner, daß sich auch der Stadtleitung nahestehende Leute und andere nicht schämen, ihre Autorität sofort in die Wagschale zu werfen, wenn es gilt, eine ganze tatkräftige und geistig regsame Bevölkerungsschichte zu besudeln, ohne daran zu denken, daß es gerade deren Unternehmungsgeist zu danken ist, daß Eisenbahnen, Fabriken, Bergwerke und alle anderen Gewerbe und Industrien gegründet wurden und derartig blühen, daß aus den hieraus gezogenen Steuern so manche christlichsoziale „Kapazität" ein Einkommen bezieht, zu dem eigene Willens- und Tatkraft sie nie hinaufgeblasen hätte.

Da sachliche Momente nicht aufgebracht werden können, so charakterisieren die hohlen Phrasen der Christlich-Sozialen und der anderen Antisemiten den Antisemitismus immer mehr zu dem, als was er schon längst erkannt wurde — zum „Geschäft", mit allerdings mittelalterlich-blutigem Hintergrunde!

Mitteilungen der „Oesterreichisch-Israelitischen Union".

Konstituierung des Vorstandes.

Der Vorstand der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" hat sich in der am 7. Mai abgehaltenen Sitzung konstituiert und folgende Herren in ihren bisherigen Funktionen bestätigt: Dr. J. Samuely Präsident, Sigmund Mayer und Dr. Jakob Ornstein Vizepräsidenten, Gemeinderat Edmund Melcher Schriftführer, Heinrich Teweles Kassier. Unser langjähriges Vorstandsmitglied, Herr Julius Granichstädten, hat infolge seiner angegriffenen Gesundheit an den Vorstand das Ersuchen gerichtet, seinen Rücktritt zur Kenntnis zu nehmen. Der Vorstand hat mit lebhaftem und aufrichtigem Bedauern diesem Ersuchen entsprochen und Herrn Granichstädten für seine vieljährige treue und wertvolle Mitarbeit seinen herzlichsten Dank zum Ausdruck gebracht. An seiner Stelle wurde Herr Ernst Simon zum zweiten Schriftführer gewählt.

David Ritter v. Gutmann.

Am 14. d. M. ist der Präsident der „Israelitischen Allianz zu Wien", Herr David Ritter v. Gutmann, nach längerem Leiden gestorben. Was die österreichische Judenschaft an diesem Manne verliert, das weiß der ärmste und geringste unserer Glaubensbrüder im fernsten Osten des Reiches so gut wie im

fernen Westen jenseits des Ozeans. Er und sein Haus gaben stets ein leuchtendes Beispiel jüdischer Wohltätigkeit. Von seinen humanitären Schöpfungen seien der zum Andenken an seine verstorbene Gattin errichtete Pavillon in der Lungenheilstätte Alland und das zum Andenken an seine Eltern gestiftete Invalidenhaus in Leipnik erwähnt. Zu dem Bau des israelitischen Knabenwaisenhauses in Döbling spendete David v. Gutmann einen großen Beitrag. Das Haus Rothschild und die Firma Gebrüder Gutmann haben den Philanthropischen Verein ins Leben gerufen. Kurz vor seinem Tode hat er eine Dreimillionen-Stiftung für ein in Wien zu errichtendes Kinderspital gemacht, das von der israelitischen Kultusgemeinde verwaltet, aber allen Konfessionen geöffnet werden sollte. Mit seinem Bruder Wilhelm hat David v. Gutmann das israelitische Mädchenwaisenhaus in Döbling gegründet und überdies wiederholt Beiträge zum Bau und zur Erweiterung der Poliklinik gewidmet. David v. Gutmann war auch Präsident der Hirsch-Stiftung in Galizien.

Aus unserem Rechtsschutz- und Abwehr-Bureau.

Verbreitung antisemitischer Schmähschriften in Mähren und Schlesien.

Am 13. April wurde in einer Versammlung des Friedek-Misteker „Deutschen Arbeitervereins“ eine Flugschrift des berüchtigten Fritsch-Verlages in Leipzig, welche von Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Juden strotzte, verteilt. Dieselbe, sowie noch eine zweite Flugschrift wurden überdies durch einen jungen Burschen von Haus zu Haus getragen und auch durch die Post versendet. Wir haben den Verbreiter dieser Pamphlete festgestellt und den Staatsanwaltschaften von Teschen (für Friedek) und von Neutitschein (für Mistek) in einer Strafanzeige zur Kenntnis gebracht. Die genannten Staatsanwaltschaften haben die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, über deren Verlauf wir seinerzeit berichten werden.

Die Hetzereien des „XX. Wek“.

Zu den nichtswürdigsten Erzeugnissen der tschechisch-klerikalen Presse gehört das in Prag erscheinende Blatt „XX. Wěk“, das im Namen der Religion der Nächstenliebe die blutrünstigste Judenhetze betreibt. Es enthält in jeder Nummer die fettgedruckte Aufforderung: „Christen, kauft nicht bei Juden, denn es klebt an ihnen das Blut unserer christlichen Kinder!“ Unsere

wiederholten Versuche, dieser verbrecherischen Aufreizung zu steuern, blieben erfolglos, weil das Blatt so vorsichtig ist, die Bemerkung hinzuzufügen, daß die erwähnte Stelle nach erfolgter Konfiskation durch eine Interpellation im Parlamente immunisiert wurde, und weil weder die Staatsanwaltschaften, noch das Justizministerium sich zu der Auffassung bequemen wollen, daß auf eine solche aus dem Zusammenhange gerissene Stelle nicht der gesetzliche Schutz, der den „Verhandlungen des Reichsrates" gewährt wird, angewendet werden könne. In der nach der Konfiskation neu ausgegebenen Sonntagsbeilage vom 21. April d. J. ist auf Seite 1 das Bild des in Kiew ermordeten Knaben Justschinsky reproduziert, und der dazu gehörige Text ist angeblich den Gerichtsakten entnommen. Die Prager jüdische „Selbstwehr" bemerkte hierüber: „Wir wollen unsere Leser nur darüber informieren, was in Prag unter den Augen der Staatsanwaltschaft gedruckt, feilgeboten und verbreitet werden darf. Können wir Juden uns noch als von den Gesetzen geschützte Staatsbürger fühlen? Haben nicht jene, die auf die allerniederträchtigste Weise gegen uns hetzen, ein Privilegium hiezu? Wir fordern unsere Leser auf, sich diese Frage vorzulegen. An die Staatsanwaltschaft in Prag richten wir keine Frage: Wir würden keine Antwort erhalten."

Trotz dieser Aeußerung der „Selbstwehr" haben wir durch unseren Prager Vertrauensmann an den dortigen Staatsanwalt persönlich die Frage richten lassen, warum er die Hetzereien der „XX. Wěk" dulde. Der Herr Staatsanwalt erwiderte unserem Vertreter, daß in ein und demselben Monate zwei oder drei Konfiskationen solcher Aufsätze in dem erwähnten Blatte stattgefunden hätten, und fügte hinzu, daß er dem Blatte auch weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit widmen und, falls „grelle" antisemitische Artikel in Hinkunft vorkommen sollten, auch wieder mit der Konfiskation vorgehen werde. Der Begriff „greller antisemitischer Artikel" findet sich im Strafgesetzbuche nicht. Hier ist von „Aufreizung, Aneiferung und Verleitung zu Feindseligkeiten wider die verschiedenen Nationalitäten, Religions- oder andere Gesellschaften, einzelne Klassen oder Stände der bürgerlichen Gesellschaft oder überhaupt zu feindseligen Parteiungen der Einwohner des Staates" die Rede. Der Oberste Gerichtshof hat in wiederholten Entscheidungen klar ausgesprochen, daß antisemitische Hetzereien unter die Strafsanktion des § 302 St. G. fallen. Wir sind nicht gewillt, es dem Belieben des Prager Staatsanwaltes oder gar seinem Glauben an die unantastbare Autorität angeblich russischer Gerichtsakten, die noch gar nicht publiziert wurden, zu überlassen, was er konfiszieren soll oder nicht, und wir haben deshalb eine Beschwerde über die auffällige Duldsamkeit, deren sich der „XX. Wěk" erfreut, direkt an den Justizminister gerichtet.

Sollte diese Beschwerde — wie wir nicht voraussetzen wollen — erfolglos bleiben, so werden wir die Tribüne des Parlaments in Anspruch nehmen.

Beschuldigung des Ritualmordes.

Aus Nagyszalonta wird gemeldet: Die Sarkader Bäuerin Frau Witwe Ludwig Kiss schickte unlängst ihre 6jährige Tochter Mariska in das Spezereiwarengeschäft Hermann Saeffers, damit sie dort Einkäufe besorge. Das Kind verlor unterwegs das Geld und ging aus Furcht vor Strafe durch. Frau Kiss suchte das Kind überall und alarmierte, als sie es nicht fand, das ganze Dorf. Sie schrie laut, die Juden hätten ihr Töchterchen ermordet. Mit Heugabeln und Sensen bewaffnet, zogen nun die Dorfbewohner vor das Geschäftslokal Saeffers, drangen in das Lokal, vernichteten die ganze Einrichtung und mißhandelten Saeffer, seine Frau und Kinder auf die brutalste Art. Nur die rasche Intervention der Gendarmerie vermochte die bedrängte Familie vor dem Gelynchtwerden zu retten. Spät abends fand man das verlorene Kind in der Gemarkung des Dorfes, worauf die Gemüter sich wieder beruhigten. Das Szalontaer Bezirksgericht, vor das sich die Kiss zu verantworten hatte, verurteilte die gewissenlose Frau zu zehn Tagen Gefängnis.

Eine mißlungene rußische „Ritual"-affäre.

Der Versuch einiger Dunkelmänner in Kischinew, aus dem Verschwinden der 10jährigen Mariora, die als Dienstmädchen bei der jüdischen Witwe Chaja Kogan diente, eine Ritualmordaffäre zu machen, ist mißlungen. Das Kind ist glücklicherweise gefunden worden. Das ging so zu. Ein Dörfler Stefan Shiner hatte seine 10jährige Tochter Mariora als Dienstmädchen in Kischinew bei der Kogan abgegeben. Am 5. März schickte die Kogan das Kind am Morgen nach Milch. Die Kleine ging fort und kam nicht wieder. Die Frau wurde unruhig, suchte das Kind, fragte den Hausknecht, den Gorodowoi und andere Personen, und als niemand Auskunft geben konnte, machte sie bei der Polizei Anzeige davon. Unterdes hatten die Hausleute, die gegen die Kogan voller Bosheit waren, den im Hause arbeitenden Maurern erzählt, Chaja Kogan habe das Kind den Juden verkauft, weil sie Christenblut zu Matzes nötig hätten. Die Maurer gingen später in die verbändlerische Teestube „Moskwa" und erzählten diese Geschichte. Natürlich flog das Gerücht von einem Ritualmord mit Windeseile durch die ganze Stadt. Die Juden erschraken fürchterlich. Viele wollten ungeachtet der bevorstehenden Feiertage fortreisen, andere erwar-

teten mit Zittern und Beben einen Pogrom. Am 6. März kam der Vater des Mädchens Stefan Shiner in die Stadt. Er hörte, daß die Kleine verschwunden sei. Die Hausleute erzählten ihm, die Kogan sei die Schuldige. Aber Shiner glaubte das Ritualmärchen nicht und machte bei der Polizei nur die Anzeige vom Verschwinden der Tochter. Mehrere Tage lang waren alle Nachforschungen der Polizei vergeblich. Erst am 10. März erfuhr man durch einen jüdischen Schankwirt von dem Verbleib des Mädchens. Er erzählte, es sei am 10. März ein Unbekannter zu ihm gekommen, habe getrunken und dabei erzählt, bei einem gewissen Wolkow sei ein Mädchen erschienen, das sich verirrt habe. Sie sage, man habe sie schlachten wollen. Der Okolototschny fuhr sofort mit der Kogan zu Wolkow, wo sie die kleine Mariora vorfanden. Sie wurde mitsamt der Frau des Wolkow zur Polizei gebracht. Dort wurde festgestellt, daß das Mädchen die ganze Zeit bei den Wolkows zugebracht hatte. Dieser Wolkow war ein bekannter Verbändler, er hatte bereits 8 Jahre Zwangsarbeit wegen eines Mordes hinter sich. Das Mädchen sagte, es habe Angst vor der Kogan gehabt, weil Lisa und Ilja Wolkow ihm gesagt hätten, die Kogan werde es zu Ostern abschlachten. Wie es zu Wolkows gekommen sei, wußte es nicht genau zu sagen. Die Polizei brachte das Kind von der Kogan fort und übergab es, trotz des Protestes des Vaters, den Wolkows.

Der Protest der Kulturwelt gegen das Ritualmordmärchen.

Wir hatten vor einiger Zeit den Wortlaut des Protestes veröffentlicht, den führende Persönlichkeiten in Rußland, Frankreich und Deutschland gegen die Ritualmordbeschuldigung in Kiew erhoben haben. Diesem Protest schließen sich nunmehr auch die hervorragendsten Persönlichkeiten Englands an. Die Liste der Unterzeichner, welche wdie ersten Namen des vereinigten Königreichs enthält, eröffnen die höchsten geistlichen Würdenträger des Landes, nämlich der Erzbischof von Canterbury, der Erzbischof von York, der Erzbischof von Armagh und Primas von Irland und der Kardinalerzbischof von Westminster. Ihnen schließen sich an die Herzöge von Norfolk und Northumberland, der frühere Premierminister Earl of Rosebery, Lord Selborne, der frühere Oberhauspräsident Earl of Halsbury, der einstige Prokonsul von Aegypten Earl Cremer, Lord Llandaff und Lord Milner, achtzehn Bischöfe und zehn andere Kirchenhäupter. Lord Rayloigh, Kanzler der Universität von Cambridge, Lord Cheylesmore, Präsi-

dent des Londoner Grafschaftsrates, Lord Welby, Lord Redesdale und Lord Courtney. Außer James W. Lowther, dem Sprecher des Unterhauses, und Sir Thos. Boor Crosby, dem Lord Mayor von London, haben hervorragende Parlamentarier den Aufruf unterschrieben, wie Arthur James Balfour, der frühere Premierminister, Austen Chamberlain, Alfred Lyttelton und Walter Long. In der Liste glänzender Namen finden wir ferner den früheren Botschafter Frank C. Lascelles, Gelehrte wie Sir Henry E. Roscoe und Sir John Rhys, den Führer der Arbeiterpartei, J. Remsay Macdonald, Rt. Hon. Sir Roland L. Vaughan Williams, den Präsidenten des Appellhofes, und viele andere der höchsten Richter Englands, die Staatskommissare für die südafrikanische Union, Westaustralien, Neu-Seeland, Viktoria und Tasmonia. Andere Träger bedeutender Namen, die sich anschließen, sind die Feldmarschälle Lord Roberts und Sir Evelyn Wood, General Sir Reville Lyttelton, Admiral John Fullerstone und General Sir Alfred Turner. Von den Universitäten ist Oxford durch 33, Cambridge durch 37, London durch 20 Mitglieder vertreten; Professoren der Universitäten Birmingham, Edinburg, Glasgow, Dublin reihen sich an. Es ist eine lange Liste der klangvollsten Namen der Fakultäten, die den Stolz des gelehrten Englands bilden. Weiter unterzeichneten der große Geologe Sir Archibald Geikie, Präsident der „Royal Society", der Maler Sir Ernest Waterlow, der Präsident der königlichen Gesellschaft der Aquarellisten, Thomas Hardy, Präsident der Gesellschaft der Schriftsteller, London, und zahlreiche führende Schriftsteller, darunter Sir Arthur Conan Doyle, Frederic Harrison, Jerome K. Jerome, der irische Abgeordnete, T. P. O'Connor, sein konservativer Kollege Sir Gilbert Parker, Sir Arthur Pinero, G. Bernard Shaw, G. M. Trevelyan, sowie George Hodgson, der Präsident des „Institute of Journalists". Den Schluß bildet eine große Anzahl der führenden politischen Publizisten Englands, darunter G. W. Prothero, Herausgeber des „Quaterly Review", Harold Cox („Edinburgh Review"), W. L. Courtney („Fortnightly Review"), L. P. Jacks, Mead, Strachey („Spectator"), Massingham („Nation"), Abgeordneter Lawson („Daily Telegraph"), Gardiner („Daily News"), Donald („Daily Chronicle"), Thomas („Daily Graphic" und „Graphic"), Garvin („Pall Mall Gazette" und „Observer"), Spender („Westminster Gazette"), Parke („Star" und „Morning Leader"), Scott („Manchester Guardian").

Korrespondenzen.

Wien. (Dr. Gustav Kohn.) Der Kaiser hat dem ersten Vizepräsidenten der israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Dr. Gustav Kohn den Orden der Eisernen Krone dritter Klasse verliehen. Doktor Gustav Kohn einer der angesehensten Advokaten Wiens, ist seit vielen Jahren als Vorstandsmitglied der Wiener Kultusgemeinde und als Mitglied des Landesschulrates in überaus verdienstlicher Weise tätig. Er ist bekannt durch sein reges philanthropisches Wirken, als Wohltäter der Armen und als eifriger Förderer aller humanitären und kulturellen Bestrebungen. Die Auszeichnung, die dem allgemein verehrten Manne zuteil geworden, wird in den weitesten Kreisen der Wiener Gesellschaft sympathisch aufgenommen werden.

Brünn. (Der tschechische Nationalrat gegen den Antisemitismus.) Im Hinblick auf die in letzter Zeit in mehreren tschechischen Blättern zutage getretene antisemitische Tendenz und auf den propagierten Boykott jüdischer Kaufleute hat sich der tschechische Nationalrat veranlaßt gesehen, bei einer Reihe tschechischer Blätter in dem Sinne einzuschreiten, daß der Kampf gegen die Juden eingestellt werde. Gleichzeitig hat der tschechische Nationalrat an die einflußreichen und großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen ein Zirkular gerichtet, in welchem sie ersucht werden, auf die Herstellung eines guten Einvernehmens ihrer Mitglieder mit den jüdischen Mitbürgern hinzuwirken.

Leipzig. (Wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft) ist gegen den bekannten Antisemiten Theodor Fritsch, den Herausgeber des „Hammer", auf Grund einer Anzeige des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" von der Staatsanwaltschaft Leipzig abermals Anklage erhoben worden. Anzeige und Anklage stützen sich auf das Buch, das Fritsch über den Jahwe-Kultus veröffentlicht hat.

St. Petersbourg. (Die des Ritualmordes angeklagte Hannah Spektor), deren Freisprechung von dem Senat kassiert wurde, reiste aus Uman nach Amerika ab. Die Revision der Angelegenheit ist daher vorläufig zweifelhaft.

St. Petersburg. (Der Kiewer Ritualmordprozeß) wegen Ermordung des Knaben Justschinski, dessen Beginn bereits auf den 17. Mai festgesetzt war, ist einen Tag, nachdem die Auslosung der Geschworenen stattgefunden hatte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es heißt jetzt, daß der Prozeß im Herbst verhandelt werden soll. Ueber die Gründe der auffälligen Verschiebung schreibt man der „Neuen Jüdischen Korrespondenz" aus Kiew:

Die aufsehenerregende abermalige Verschiebung des Prozesses gegen Mendel Beilis erfolgte angeblich deshalb, weil die beiden Sachverständigen, die Professoren der Kiewer Universität, Sikorski und Obolowski, der Verhandlung nicht hätten beiwohnen können, wenn sie

schon im Mai begonnen hätte. Wie wenig stichhaltig diese offizielle Begründung des Gerichtsbeschlusses ist, geht schon daraus hervor, daß das Gericht erst vor kurzem die von der Verteidigung beantragte Vorladung weiterer Psychiater mit der Begründung abgelehnt hatte, der Gegenstand dieses Prozesses biete keinen Anlaß zur Vernehmung psychiatrischer Sachverständiger. Und nun soll mit einem Mal der Umstand, daß der Psychiater Sikorski der Verhandlung fernbleiben müßte, dazu geführt haben, den Prozeß um Monate zu verschieben. In Wirklichkeit ist die plötzliche Vertagung auf ganz andere Beweggründe zurückzuführen. Das Ergebnis der Auslosung der Geschworenen war nämlich ganz und gar nicht nach dem Sinne derjenigen einflußreichen Kreise, die aus der Ermordung des Knaben Justschinski um jeden Preis eine „Ritualmord"-Affäre machen und den Juden Beilis unbedingt als „Ritualmörder" verurteilt sehen wollen. Die Erreichung dieses Zieles schien durch die Auslosung gebildeter und achtbarer Kiewer Bürger, darunter auch einiger Juden, zu Geschworenen gefährdet, und darum mußte ein neuer Termin anberaumt werden, verbunden mit einer neuen Ernennung von Geschworenen. Im übrigen haben jetzt die Verteidiger ihren Antrag auf Zulassung weiterer Psychiater außer Sikorski erneuert, und der Gerichtshof sah sich diesmal genötigt, dem Antrag wenigstens teilweise stattzugeben und als zweiten psychiatrischen Sachverständigen den Moskauer Professor Serbsky vorzuladen. Auch die Oesterreichischen Staatsangehörigen Ettinger und Landau aus Lemberg, die beiden „bärtigen Juden", die zur kritischen Zeit in der Gesellschaft Beilis' und des ermordeten Knaben gesehen worden sein sollen und von denen die Anklageschrift behauptet, sie seien später ins Ausland geflüchtet, sollen auf Antrag des Verteidigers Grusenberg kommissarisch vernommen werden. Das Gesuch der Verteidiger, den Angeklagten Beilis mit Rücksicht auf die Verschiebung des Prozesses und seine durch die lange Haft geschwächte Gesundheit gegen Bürgschaft auf freien Fuß zu setzen, wurde abschlägig beschieden. Der Gerichtsarzt hatte nämlich die gutachtliche Erklärung abgegeben, daß der Gesundheit des Angeklagten durch die fortgesetzte Haft keine Gefahr drohe. Der von Justizminister Schtscheglowitow nach Kiew entsendete Prokurator der Petersburger Gerichtskammer, Wippert, der die Anklage gegen Beilis vertreten sollte, hat nunmehr dem Justizminister einen Bericht unterbreitet, in welchem er um seine Enthebung vom Amte des Anklägers bittet, da seiner Ansicht nach die Anklage gegen Beilis völlig unhaltbar ist. — Der Zar hat durch den Oberprokuror von St. Petersburg einen Bericht über den Kiewer Ritualmordprozeß abverlangt.

MÖBEL-ETABLISSEMENT

Aug. KNOBLOCH's Nachf.

K. u. k. Hoflieferant und k. u. k. Schätzungskommissär

WIEN

VII., KARL SCHWEIGHOFERG. 10—12
vormalige BREITEGASSE.

Nur für Herren:



Herrenkleider-Salon

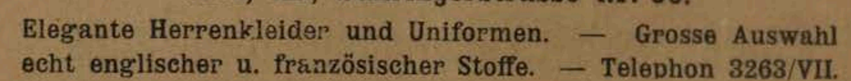



und

Uniformierungs-Anstalt

J. FROST


Wien, IX., Währingerstrasse Nr. 50.


Elegante Herrenkleider und Uniformen. — Grosse Auswahl echt englischer u. französischer Stoffe. — Telephon 3263/VII.

WIEN, I., Bauernmarkt 3
Telephon 19.950

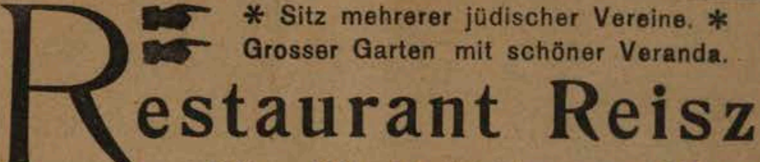
Brandstätte 7
Telephon 30.970

Bisher bezahlte Entschädigungen:
K 38,000.000

HAFTPFLICHT-,
UNFALL-,
EINBRUCH-,
WASSERSCHADEN-
VERSICHERUNGEN.

Gewährleistungs-Fonds:
Ueber 21,000.000

Erste Oesterreichische
ALLGEMEINE UNFALL-VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT



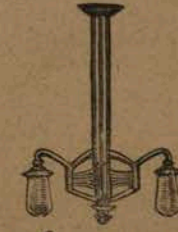
Wien, VII., Mariahilferstrasse 124.

Magyar konyha! — Magyar szó! — On parle français! — English spoken!

בעל הבית מדבר נם בלשון הקדש

Zum Kochen u. Braten wird ausschliesslich reines Gänseschmalz verwendet

---



KARL KLOSE

Bronzewaren- u. Luster-Erzeuger

Wien, VI., Gumpendorferstrasse 102

Telephon Nr. 11682.

Uebernahme aller Reparaturen und Umänderungen von Gas auf elektrisches Licht, sowie auch alle Ergänzungen und Neuausführungen nach Zeichnungen und Skizzen. — Kostenvoranschläge sofort gratis. — Grosses Musterlager u. Provinzaufträge prompt.

Wiederverkäufer erhalten günstigen Rabatt.



WULKAN & NEUBRUNN

Stadt-Steinmetzmeister

Wien, III/4, Ausser der St. Marxer Linie 33.

Telephon Nr. S 122

Spezialisten für

Grab- u. Gruft-Monumente

in architektonischer Ausführung, sowie sämtlicher

Bildhauerarbeiten.

Klublokalitäten für Vereine sind für einige Tage in der Woche noch frei im

כשר RESTAURANT כשר

Josef Kreisler

VII. Bezirk, Kaiserstrasse 48.

Vorzügliche Ungarische und Wiener Küche.

Billiges Speisen im Abonnement. — Schöne, vergrösserte, modern ausgestattete Lokalitäten. Original Pilsner, Lagerbiere u. vorzügliche Weine.

Redaktion und Administration: Wien, IX/3, Universitätsstrasse 8
Telephon 19277.
Herausgeber: »Oesterreichisch-Israelitische Union«. — Verantwortlicher Redakteur Siegfried Fleischer — Druck von L. Beck & Sohn.